

Osteuropa kompakt



Inhalt

Deutsche Übersetzung.....	2
Kasachstan	2
Änderungen der Steuergesetzgebung.....	2
Polen	4
Folgen einer Sacheinlage in ein Unternehmen mit Bezug auf die Steuer auf zivilrechtliche Handlungen.....	4
Dividenden-/Zinszahlungen an die Schweiz - Anwendung des 5 % / 0 % Quellensteuersatzes.....	5
Russland	5
Verarbeitung für den inländischen Verbrauch.....	5
Ukraine	6
Änderungen bezüglich Zollerklärungen.....	6
Vereinfachung des Arbeitssystems für Ausländer mit ukrainischer Herkunft.....	6
In-Kraft-Treten des Gesetzes bezüglich elektronischer Registrierung von Unternehmen.....	6
Ungarn	7
Eine neue Organisation auf dem ungarischen Anlagemarkt: die Regulated Investment Company (RIC).....	7
Vorteilhafte Änderungen der Regeln zur Grunderwerbsteuer beim Erwerb von Unternehmen, die inländische Immobilien besitzen.....	7
Blog	8
Englische Übersetzung.....	8
Kazakhstan	8
Amendments to tax legislation.....	8
Poland	10
Consequences of making an in-kind contribution to a company in terms of the tax on civil law transactions.....	10
Dividends and interest paid to Switzerland - application of 5 % / 0% withholding tax rate.....	11
Russia	11
Processing for domestic consumption.....	11
Ukraine	12
Amendments to customs declarations.....	12

Simplification of employment regime for Foreigners of Ukrainian origin.....	12
The Law introducing electronic registration of companies is now effective	12
Hungary	12
A new institution on the Hungarian investment market: the regulated investment company.....	12
Favourable changes to the rules on transfer tax for acquisition of companies that own domestic real estate	13
Blog	14
Über uns	14
Ihre Ansprechpartner	14
Bestellung und Abbestellung	14

Deutsche Übersetzung

Kasachstan

Änderungen der Steuergesetzgebung

Am 21. Juli 2011 unterzeichnete der Präsident Kasachstans ein Gesetz, nach dem Änderungen des kasachischen Steuerrechts erfolgen. Allerdings sollen die Änderungen eher der Klarstellung bestimmter Vorschriften dienen als wesentliche Änderungen einführen.

Allgemeine Bestimmungen

Im Abschnitt "Begriffe und Definitionen" wird der Begriff "Web-Anwendung" eingeführt. Dieser Begriff wird als ein vor unbefugtem Zugriff geschützter behördlicher Bereich des Internets definiert, an dem der Steuerpflichtige online und auf elektronischem Wege steuerliche Leistungen in Anspruch nehmen und entsprechende Pflichten erfüllen kann.

Es wurde ebenfalls ein neuer Artikel hinzugefügt, der sich mit den steuerlichen Folgen aus der Verlagerung des Orts des Verwaltungssitzes aus dem Ausland nach Kasachstan durch eine nicht ansässige juristische Person, die zwar eine Betriebsstätte in Kasachstan hat, aber keine Niederlassung oder Vertretung angemeldet hat, befasst. Die Regelung führt Verfahren zur Auflösung und Abmeldung einer solchen Betriebsstätte und zur Abtretung von Rechten und Pflichten der Betriebsstätte (einschließlich der Steuerverantwortlichkeit) an eine ausländische juristische Person, die ihren Geschäftsbetrieb in Kasachstan angemeldet hat, ein. Der Artikel enthält jetzt außerdem neue Paragraphen bezüglich der Verjährungsfristen.

Körperschaftsteuer

Zur Bestimmung von Gewinnen aus der Übertragung von:

- nicht abschreibbaren Wirtschaftsgütern,
- Wertpapieren, mit Ausnahme von Schuldverschreibungen, und Eigentümeranteilen, sowie
- Schuldverschreibungen

als Einlage zum Stammkapital, wird der Wertzuwachs (positive Änderung) auf Basis eines Vergleichs des jeweiligen, in den Gründungsdokumenten der juristischen Person aufgezeichneten, Einlagewertes mit den ursprünglichen Anschaffungskosten der Einlage berechnet.

Die Liste der abzugsfähigen Aufwendungen für Körperschaftssteuerzwecke wurde erweitert, um zusätzliche Fälle, in denen nicht anrechenbare Vorsteuerbeträge abgezogen werden dürfen, mit einzubeziehen.

Kategorien der Gewinne aus der Veräußerung von Staatsanleihen sowie behördlichen Schuldverschreibungen wurden detaillierter ausgearbeitet. Die Änderung beinhaltet eine zusätzliche Voraussetzung zur Abzugsberechtigung auf das zu versteuernde Einkommen in Bezug auf die Veräußerung von Anteilen und Beteiligungen an einer juristischen Person oder einem Konsortium. Erforderlich ist nunmehr der fortwährende Besitz der Anteile für einen Zeitraum von mindestens drei Jahren (einschließlich dem Tag der Veräußerung).

Der Verlustbegriff wurde überarbeitet, um die steuerliche Anrechnung von Verlusten bei der Veräußerung von Wertpapieren, Derivaten, nicht-abschreibbarem Vermögensgegenständen und sogenannten Anlagevermögen der Gruppe 1 auszuschließen. Bestimmungen zum Verlustvortrag wurden entsprechend angepasst.

Die Neuregelung bestimmt ferner, dass eine juristische Person nach eigenem Ermessen eine bestimmte Abteilung ermächtigen kann, als Steuerbeauftragter im Hinblick auf die Einbehaltung der Einkommensteuer als Quellensteuer zu handeln. Diese Regelung findet allerdings keine Anwendung bei nicht ansässigen juristischen Personen.

Einkommensteuer

Unter folgenden Voraussetzungen sind Dividenden nicht steuerpflichtig:

- Am Tag des Anfallens der Dividende besaß der Steuerpflichtige die Anteile oder Beteiligungen, auf welche Dividenden gezahlt werden sollen über einen Zeitraum von mindestens 3 Jahren;
- Die Dividenden zahlende juristische Person ist in dem Zeitraum, für den Dividenden ausgezahlt wurden, zu keiner Zeit ein Nutzer von Baugrund gewesen;
- Am Tag der Dividendenzahlung sind weniger als 50 % der Vermögenswerte der juristischen Person der Nutzung von Baugrund zuzuschreiben.

Umsatz- und Verbrauchssteuer

- Sofern folgende Voraussetzungen erfüllt sind, sind Verbrauchssteuern nicht als steuerpflichtiger Umsatz zu berücksichtigen:
 - die Waren bestehen aus Produkten auf der Basis von Rohöl, welches aufgrund einer Verarbeitungsvereinbarung an die Raffinerie geliefert wurde; und
 - die Verbrauchssteuern werden von der Person entrichtet, die die steuerpflichtigen Produkte hergestellt hat und das dafür notwendige Rohöl aufgrund der Verarbeitungsvereinbarung erhalten hat.
- Falls Arbeiten und Dienstleistungen im Zollwert der eingeführten Waren bereits enthalten sind, für welche Umsatzsteuer gezahlt wurde, diese jedoch nicht erstattungsfähig ist, wird die Umsatzsteuer nicht erneut beim Empfänger der Waren fällig.

Zu den Bestimmungen der Fristen für die Umsatzsteuerzahlung wurde ein neuer Abschnitt hinzugefügt. Dieser legt fest, dass die Umsatzsteuer spätestens 10 Kalendertage nach der Einreichung der letzten Umsatzsteuererklärung bei der Finanzbehörde, bei der der Steuerpflichtige aufgrund seiner Auflösung aus dem Register gelöscht wird, gezahlt werden muss.

Es wird klargestellt, dass die jeweiligen Mitgliedstaaten der Zollunion und nicht die Republik Kasachstan als Ort des Anfalls der Dienstleistung für umsatzsteuerliche Zwecke behandelt werden.

Steuerverwaltung

Bedeutende Änderungen wurden bezüglich der Registrierung von nicht Ansässigen (juristische Personen sowie Einzelunternehmer), der Registrierung elektronischer Steuerzahler sowie der Registrierung von Steuerpflichtigen, die bestimmten Tätigkeiten nachgehen, eingeführt.

Die Gesetzesänderung beschreibt im Einzelnen die Vorschriften zur Registrierung ausländischer juristischer Personen als Steuerpflichtige in Kasachstan, die:

- in Kasachstan durch eine Betriebsstätte tätig sind;
- ihren tatsächlichen Geschäftsbetrieb in Kasachstan haben;
- Bevollmächtigte in Steuersachen in Bezug auf den Erwerb von Anteilen oder Beteiligungen an einer juristischen Person sind, bei der 50 % oder mehr der Vermögenswerte in Kasachstan der Nutzung von Baugrund zurechenbar sind.

Ein weiterer Artikel wurde mit Bezug auf neue Verfahren zur thematischen Steuerprüfung von Steueragenten, die durch Finanzbehörden in Verbindung mit Einkommensteuerrückstellungenforderungen eines Nichtansässigen durchgeführt werden, hinzugefügt.

Ihr Ansprechpartner vor Ort:
Abdulhamid Muminov, Telefon: +7 727 298-0448

Polen

Folgen einer Sacheinlage in ein Unternehmen mit Bezug auf die Steuer auf zivilrechtliche Handlungen

Der Direktor der Steuerkammer in Posen (in Vertretung des Finanzministers) nahm in der Interpretation vom 19.07.2011 Stellung zu den Folgen einer Sacheinlage in ein Unternehmen bezüglich der Steuer auf zivilrechtliche Transaktionen.

Nach Meinung der Finanzbehörde legen die relevanten Regelungen des Gesetzes über die Steuer auf zivilrechtliche Transaktionen ausdrücklich fest, dass der Gesellschaftsvertrag eines Unternehmens und die dazugehörigen Änderungen (bezogen auf eine Sacheinlage in ein Unternehmen im Austausch gegen Gewährung von Anteilen) nicht der Besteuerung unterliegen. Dieses gilt unabhängig davon, ob ein Betrieb im Ganzen oder ein Teilbetrieb eingelegt wird.

Deshalb wird eine solche Sacheinlage ausdrücklich als von der Steuer auf zivilrechtliche Transaktionen befreite Handlung definiert.

Folglich wird auch die Einlage eines Betriebs oder Teilbetriebs zur Gründung eines Unternehmens durch einen Gesellschafter im Austausch für Anteile (hier eine Gesellschaft

mit beschränkter Haftung) auf Antrag von der Steuer auf zivilrechtliche Transaktionen befreit.

Dividenden-/Zinszahlungen an die Schweiz - Anwendung des 5 % / 0 % Quellensteuersatzes

Entsprechend der geänderten Fassung des Körperschaftssteuergesetzes vom 1. Januar 2011 kann zwischen verbundenen Unternehmen der verminderte Quellensteuersatz von 5 % (volle Quellensteuerbefreiung ab 1. Juli 2013) in Bezug auf Zinszahlungen sowie die Quellensteuerbefreiung in Bezug auf Dividendenzahlungen angewendet werden. Voraussetzung hierfür ist das Vorhandensein einer Rechtsgrundlage für den Austausch von Steuerinformationen zwischen den zuständigen Behörden in Polen und den zuständigen Stellen des Wohnsitzstaates des durch die Zahlung Begünstigten.

Das Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Polen und der Schweiz beinhaltet keine Informationsaustauschklausel. Ein Protokoll zu einem DBA, das eine solche Klausel enthält, wurde von der Schweiz bisher noch nicht ratifiziert. Außerdem ist die Schweiz kein Vertragsstaat des Übereinkommens über gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen. Von EU Richtlinien, die den Austausch von Steuerinformationen im Hinblick auf direkte Steuern erlauben, ist die Schweiz ebenfalls nicht erfasst.

Folglich ist davon auszugehen, dass sowohl der verminderte Quellensteuersatz von 5 % für Zinszahlungen (Quellensteuerbefreiung ab 1. Juli 2013) als auch die Quellensteuerbefreiung für Dividendenzahlungen bei verbundenen Unternehmen mit Sitz in der Schweiz derzeit keine Anwendung finden.

Ihre Ansprechpartnerin vor Ort:
Malgorzata Jablonska, Telefon: +49 30 2636-3084
Wieslawa Ksycka, Telefon: +48 71 356-1161

Russland

Verarbeitung für den inländischen Verbrauch

Am 20. August 2011 ist in Russland eine Regierungsverordnung in Kraft getreten, die eine Liste derjenigen Waren enthält, auf die das sogenannte Zollverfahren für eine Verarbeitung für den inländischen Verbrauch Anwendung findet.

Im Rahmen dieses Zollverfahrens können ausländische Roh- und Werkstoffe unter der Bedingung, dass sie weiter verarbeitet werden, zunächst zollfrei eingeführt werden. Der Verzollung unterliegen dann alle fertigen Produkte.

Die Liste umfasst mehr als 40 Warenpositionen, u.a. Farben und Färbemittel, Plastik, Stoffe, Eisenwaren, elektronische Mikroschaltungen, etc. Mit dem Zollverfahren soll der einheimische Maschinenteilebau gefördert werden. Bis jetzt waren die Einfuhrzölle für die betreffenden Warengruppen recht hoch (zw. 5 % und 15 %). Das neue Verfahren erlaubt es den Herstellern von Maschinenbaukomponenten, diese Kosten zu senken.

Dem genannten Zollverfahren unterliegen generell Waren, deren Einfuhrzölle höher waren als die Einfuhrzölle für entsprechende Endprodukte. Allerdings ist für die Anwendung dieses Verfahrens eine Sondergenehmigung der Zollbehörde erforderlich. Zudem sind weitere Voraussetzungen zu erfüllen, wie zum Beispiel die Möglichkeit der Identifikation von ursprünglichen Waren in den verarbeiteten Produkten (z.B. durch Beschilderung, Stempelung, u. ä).

Die Regierungsverordnung enthält keine Regelungen zur Einfuhrumsatzsteuer. Die Frage einer eventuellen Einfuhrumsatzsteuerbefreiung wäre daher immer gesondert zu prü-

fen.

Ihre Ansprechpartner in Deutschland:
Tanja Galander, Telefon: +49 30 2636-5483
Daniel Kast, Telefon: +49 30 2636-5252
Stanislav Rogojine, Telefon: +49 30 2636-5207

Russland-Blog: <http://blogs.pwc.de/russland-news>

Ukraine

Änderungen bezüglich Zollerklärungen

Nach den Steuergesetzen können Steuerpflichtige unzureichende Steuerzahlungen selbst mitteilen und eine Geldstrafe in Höhe von 3 % oder 5 % der zu wenig gezahlten Steuer zahlen. Allerdings war dieses Verfahren bis vor kurzem ausdrücklich nicht auf Einfuhrsteuern (Zollgebühren, Verbrauchssteuer und Umsatzsteuer) anwendbar. Deshalb wurden, falls ein Importeur unzureichende Zahlungen von Einfuhrsteuern selbst mitteilte, Geldstrafen in Höhe der normalen Prozentsätze (25 %, 50 % und 75 % der fehlenden Steuer) erhoben.

Eine kürzliche Änderung der Steuergesetze hat diese Beschränkung mit Wirkung zum 6. August 2011 aufgehoben. Nunmehr können Importeure Fehler bei der Zahlung von Einfuhrsteuern selbst mitteilen. Daraufhin muss der Importeur eine korrigierte Erklärung abgeben und eine Geldstrafe in Höhe von 3 % der zu wenig gezahlten Steuer entrichten. Zurzeit gibt es noch kein besonderes Formular für eine korrigierte Zollerklärung, allerdings kann von einer Orientierungshilfe seitens der Zollbehörden in den nächsten Wochen ausgegangen werden. Solange diese Orientierungshilfe nicht bereitgestellt wird, werden Unternehmen allerdings wahrscheinlich Schwierigkeiten bei der Anwendung der Regel in Bezug auf Zollangelegenheiten haben.

Vereinfachung des Arbeitssystems für Ausländer mit ukrainischer Herkunft

Das Parlament hat ein Gesetz eingeführt, welches (sofern es angenommen wird) das Arbeitssystem für Ausländer mit ukrainischer Herkunft vereinfachen wird (d. h. das Gesetz wird Ausländern mit ukrainischer Herkunft die tatsächliche Beschäftigung in der Ukraine ohne Arbeitserlaubnis ermöglichen).

Um eine vorübergehende Aufenthaltsgenehmigung zu beantragen, brauchen Ausländer eine Arbeitserlaubnis. Falls das Gesetz beschlossen wird, muss geklärt werden, ob Ausländer mit ukrainischer Herkunft eine vorübergehende Aufenthaltsgenehmigung oder etwas Äquivalentes ohne Vorlage einer Arbeitserlaubnis bekommen können. Zurzeit ist der bedeutendste Vorteil der Ausländer mit ukrainischer Herkunft ein auf fünf Jahre gültiges, privates Visum für mehrere Einreisen.

In-Kraft-Treten des Gesetzes bezüglich elektronischer Registrierung von Unternehmen

Am 14. August 2011 trat ein Gesetz mit Änderungen bei der staatlichen Registrierung juristischer Personen und Einzelunternehmer in Kraft.

Das Gesetz ermöglicht die elektronische Registrierung juristischer Personen sowie Einzelunternehmer. Die elektronische Registrierung schließt das Einreichen elektronischer Dokumente bei den Registrierungsbehörden mit elektronischer Unterschrift ein. Nach dem Gesetz sind allerdings Anträge zur Änderung der registrierten Dokumente auch weiterhin in Papierform zu stellen.

Das Ziel des im Oktober 2010 vom Parlament angenommenen Gesetzes war die Vereinfachung des Registrierungsverfahrens. Bisher haben die Regierung und andere staatlichen Behörden allerdings nur wenig Fortschritte in Bezug auf die Vorbereitung für die Umsetzung des Gesetzes erzielt. Deshalb ist es zu erwarten, dass die Registrierungsbehörden auch weiterhin keine elektronisch eingereichten Dokumente annehmen werden.

Ihr Ansprechpartner vor Ort:
Dr. Marc-Tell Madl, Telefon: +380 44 4906-777

Ungarn

Eine neue Organisation auf dem ungarischen Anlagemarkt: die Regulated Investment Company (RIC)

Am 27. Juli 2011 trat das Gesetz CII von 2011 über sogenannte Regulated Investment Companies in Kraft. Dieses begründet eine neue Art von Unternehmen, ähnlich den Immobilienfonds. Das Gesetz bietet außerdem einen bevorzugten Status für Immobiliengesellschaften.

Eine RIC ist eine an der Börse gelistete Aktiengesellschaft, die direkt oder durch zu diesem Zweck gegründete Tochtergesellschaften, sogenannte Special Purpose Entities (SPE), in Immobilienprojekte investiert. Investoren können sowohl Kleinanleger als auch große institutionelle Anleger sein, die Teilnahme von Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen ist allerdings beschränkt.

Der Vorteil dieser Unternehmensart ist, dass, während RICs und SPEs von der Körperschaftsteuer sowie der Gewerbesteuer befreit sind, ihr Einkommen ausschließlich auf dem Level der Aktionäre besteuert wird. Hinzu kommt, dass der Erwerb von Immobilien oder von Anteilen eines Unternehmens, welches inländische Immobilien besitzt, durch RICs sowie der Immobilienerwerb durch SPEs einem niedrigeren Grunderwerbsteuersatz von 2 % unterliegen.

Das Gesetz schreibt allerdings strenge Voraussetzungen und Verpflichtungen für Unternehmen vor, die den RIC Status erlangen möchten.

Bestimmte Voraussetzungen müssen bereits zum Zeitpunkt der Unternehmensgründung erfüllt sein. Die weiteren Anforderungen müssen zusätzlich bis zum letzten Tag des Geschäftsjahres (welches auf das Geschäftsjahr folgt, in dem das Unternehmen für den Status registriert wurde) erfüllt werden.

Für weitere Informationen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Vorteilhafte Änderungen der Regeln zur Grunderwerbsteuer beim Erwerb von Unternehmen, die inländische Immobilien besitzen

Am 15. Juli 2011 trat das Gesetz XCVI von 2011 über die Änderung bestimmter Gesetze bezüglich wirtschaftlicher Aspekte in Kraft. Das Gesetz beinhaltet vorteilhafte Änderungen der Regeln zur Grunderwerbsteuer beim Erwerb von Anteilen eines Unternehmens, das inländische Immobilien besitzt.

Nach den alten Bestimmungen unterlag der Erwerb von Anteilen eines Unternehmens, das inländische Immobilien (d.h. eine Gesellschaft, die entweder selbst inländische Immobilien besitzt oder direkt/indirekt Anteile von mindestens 75 % an einem inländischen Unternehmen mit Immobilien hält) besitzt, der Grunderwerbsteuer, soweit der Erwerber oder ein mit ihm verbundenes Unternehmen (im Falle von natürlichen Personen von Ehepartnern, Lebensgefährten, Kindern, Eltern oder Unternehmen, in denen eine dieser Personen mehrheitlich beteiligt ist) nach dem Erwerb mindestens 75 % der

Gesamtanteile hielt. Hierbei wurde Grunderwerbsteuer ohne Rücksicht auf die Geschäftstätigkeit des erworbenen Unternehmens fällig.

Mit den Änderungen fällt Grunderwerbsteuer nur noch beim Erwerb von Anteilen an Unternehmen, deren Hauptgeschäftstätigkeit eine der folgenden ist, an:

- Durchführung von Bauprojekten,
- Errichtung von Wohn- und Gewerbegebäuden,
- Vermietung und Verwaltung eigener oder geleaster Immobilien,
- Erwerb und Verkauf eigener Immobilien.

Die Hauptgeschäftstätigkeit wird auf Grundlage der entsprechenden Einträge im Handelsregister oder, falls nicht vorhanden, mittels der Gründungsurkunde bestimmt. Die Neuregelung vereinfacht den Erwerb von Unternehmen, deren Hauptgeschäftstätigkeit nicht zu den oben Genannten zählt, erheblich. Die Änderung gilt auch für alle Transaktionen vor dem Stichtag, für die entweder keine Anmeldung zur Grunderwerbsteuer bei den Finanzämtern vorlag oder von denen die Finanzbehörden auch nicht auf anderem Wege Kenntnis erlangt haben.

Deshalb können die neuen und vorteilhaften Regeln in bestimmten Fällen für Transaktionen vor dem In-Kraft-Treten des Gesetzes gelten.

Beim Verkauf oder der Umstrukturierung eines Unternehmens ist es daher ratsam, die Transaktion aus der Sicht der neuen Grunderwerbsteuerregeln zu überprüfen, da die Reihenfolge der Schritte innerhalb des Transaktionsprozesses die Zahlungsverpflichtung der Grunderwerbsteuer wesentlich beeinflussen kann.

Ihre Ansprechpartnerin vor Ort:
Gabriella Erdös, Telefon: +36 1 461-9130

Blog

Zusätzliche Informationen zum Thema Osteuropa finden Sie auch in unserem Blog unter:

<http://blogs.pwc.de/blickpunkt-osteuropa>

Englische Übersetzung

Kazakhstan

Amendments to tax legislation

On 21 July 2011, the President of Kazakhstan signed a law whereby amendments are made to the Tax Code of Kazakhstan which are designed to clarify its provisions rather than revise the fundamental concepts.

General Provisions

In the terms and definitions, the amendment introduces the term of „web application“, which is defined as the authorised body's Internet resource that is protected from unauthorised access and is intended to enable a taxpayer to receive electronic services and fulfill tax obligations online.

A new article is added to address tax consequences of the transfer of the place of effective management from a foreign country to Kazakhstan by a nonresident legal entity which has a permanent establishment in Kazakhstan but without registering a branch or representative office. The article establishes procedures for the liquidation and deregistration of a permanent establishment and the assignment of its rights and obligations, including the responsibility for tax compliance, to a foreign legal entity that has registered its place of effective management in Kazakhstan. New paragraphs are added to the article concerning the statute of limitations.

Corporate Income Tax

To quantify capital gains that arise on the transfer of:

- non-amortisable assets;
- securities, except for debt securities, and ownership interests; and
- debt securities,

as a contribution to the charter capital, an increase in value (positive change) will be calculated based on the value of an asset, a security or a contribution recorded in the legal entity's foundation documents and the initial cost of such asset, security or contribution.

The list of CIT deductions is expanded to include additional cases when non-offsettable VAT amounts are allowed to be deducted by VAT payers.

The amendment revises provisions concerning tax deductions. Particularly, changes are made to determination of periods in which a taxpayer becomes entitled to tax deductions, i.e. whether in the reporting period or in preceding periods.

Classes of capital gains arising on the disposal of government securities and agency bonds are elaborated in more detail. The amendment includes an additional condition for allowing reductions in the taxable income with respect to the disposal of shares and interests, which is the holding of shares and interests in a legal entity or a consortium for a period of at least 3 years as at the date of disposal was included.

The notion of losses is revised to exclude losses on disposal of securities, derivative financial instruments, non-depreciable assets and group I fixed assets from the scope of losses from business activities. Provisions relating to loss carryovers are modified accordingly.

The amendment determines that a legal entity at its own discretion can authorise a business unit to act as a tax agent with respect to withholding income tax on incomes at the source of payment. However this does not apply to a nonresident legal entity.

Personal Income Tax

Dividends are not taxable if all the following conditions are met:

- as at the date of dividends accrual, the taxpayer has held shares or interests on which dividends are to be paid over 3 years;
- the legal entity that pays dividends has not been a subsoil user at any time during the period for which dividends are paid;
- over 50 % of the value of the legal entity's assets as at the dividend payment date consists of property attributable to persons that are not subsoil users.

Value Added Tax and Excise Tax

- Excise tax will not be included in the taxable turnover if all the following conditions are met:
 - goods consist of products derived from crude oil provided to the refinery under a tolling arrangement; and
 - excise tax is paid by the person that produced excisable goods from crude oil provided to that person on a tolling basis.
- No reverse charge VAT will be assessed if works and services were included in the customs value of imported goods for which VAT had been paid and is not recoverable.

A new paragraph is added to the provisions relating to deadlines for VAT payment. Specifically, it states that VAT must be paid no later than 10 calendar days after the date of filing of the final VAT return to the tax authority where the taxpayer is being deregistered due to its liquidation.

It is clarified that the member countries of the Customs Union, not the Republic of Kazakhstan, will be treated as the place of sale of services for VAT purposes.

Tax Administration

Significant changes are made to the provisions relating to the registration of nonresidents (both legal entities and individuals), registration of electronic taxpayers and registration of taxpayers engaged in certain activities.

In particular, the amendment further details the provisions relating to the registration of foreign legal entities as taxpayers in Kazakhstan that:

- operate in Kazakhstan through a permanent establishment;
- have their place of effective management situated in Kazakhstan;
- are tax agents in connection with the acquisition of shares or interests in a legal entity in which 50 % or more of the value of assets consist of the assets attributable to a person which is a subsoil user in Kazakhstan.

The amendment adds a new article to establish procedures for thematic tax audits of tax agents conducted by tax authorities in connection with income tax refunds claimed by a nonresident.

Poland

Consequences of making an in-kind contribution to a company in terms of the tax on civil law transactions

The Director of the Tax Chamber in Poznan (on behalf of the Minister of Finance) commented, in the interpretation of **19.07.2011**, on the consequences of making an in-kind contribution to a company in terms of the tax on civil law transactions.

In the opinion of the tax authority, the relevant regulations of the Act on Tax on Civil Law Transactions explicitly stipulate that the company's articles of association and

amendments thereto relating to a contribution to the company, in exchange for its shares or stocks, of both the company's business and an organised part thereof are not subject to taxation.

Therefore, the contribution of the company's business or an organised part thereof to a company, in exchange for its shares or stocks, is explicitly defined as a transaction exempted from taxation with the tax on civil law transactions.

Thus, if an organised part of the business is indeed the subject matter of the applicant's (limited liability company) in-kind contribution to a newly established company, in exchange for its shares, the transaction described in the application will be exempted from taxation with the tax on civil law transactions.

Dividends and interest paid to Switzerland - application of 5 % / 0% withholding tax rate

According to the Corporate Income Tax ("CIT") Law as amended starting from 1 January 2011, the decreased 5 % withholding tax ("WHT") rate (WHT exemption from 1 July 2013) in respect of interest payments and the WHT exemption in respect of dividend payments between related entities can be applied provided that there is legal base for exchange of tax information between the competent authorities of Poland and of the country of residence of the payments' beneficiary.

The Poland-Switzerland Double Tax Treaty ("DTT") does not contain an exchange of information clause. A protocol to the DTT containing such a clause has not been ratified by Switzerland yet. Additionally, Switzerland is not a signatory of the Convention on Mutual Administrative Assistance in Tax Matters. Switzerland is also not covered by the EU directives allowing exchange of tax information with respect to direct taxes.

As a result, it seems that the decreased 5 % WHT rate on interest payments (WHT exemption from 1 July 2013) and the WHT exemption in respect of dividend payments between related entities cannot be currently applied.

Russia

Processing for domestic consumption

A Russian Government Decree, which establishes a list of materials that can be placed under the customs procedure of processing for domestic consumption, entered into force on 20 August 2011.

Under the Procedure, materials are imported into Russia duty free, provided that they are used to manufacture products that are then released for domestic consumption and that the appropriate customs duty for said products is paid.

The list established by the Decree includes more than 40 types of commodities, including certain kinds of paints, plastic, fabric, metalwork, integrated circuits etc. The customs procedure was established in order to encourage the manufacture of machine components in Russia. Until now the customs duties set for imported materials have been relatively high (from 5–15% on average). The new procedure allows machine component producers to reduce these costs.

Subject to the procedure are imported materials whose duty due is higher than that for the finished products. In order to use the Procedure, importers have to obtain special permission from the customs authorities. There are some other requirements as well, including being able to identify imported materials in finished products (e.g. by labeling, stamping etc.).

The Procedure does not provide for any import VAT regulations. The question of a potential import VAT exemption has to be examined separately.

Ukraine

Amendments to customs declarations

In accordance with the Tax Code taxpayers are allowed to self-disclose underpayment of taxes and pay 3 % or 5 % fine on the amount of underpayment. However, until very recently, this procedure was explicitly not applicable in respect of import taxes (customs duty, excise tax and VAT). Therefore, if an importer self-disclosed underpayment of import taxes, fines were applied at regular rates (25 %, 50 % and 75 % of underpayment).

Recent amendments to the Tax Code have removed this restriction with effect from 6 August 2011. Thus, importers may now self disclose mistakes and underpayment of import taxes subject to filing a corrective declaration and paying a fine of 3 % of the underpaid tax. There is currently no specific form for filing a corrective customs declaration but we expect the customs authorities to issue guidance in the coming weeks. Until such guidance is provided businesses are likely to experience difficulties with the application of this rule for customs purposes.

Simplification of employment regime for Foreigners of Ukrainian origin

Parliament have introduced a Law that will simplify (if adopted) the employment regime of foreigners of Ukrainian origin (i.e., the Law will allow foreigners of Ukrainian origin to be effectively employed in Ukraine without work permits).

Considering that a work permit is required foreign nationals to apply for a temporary residence permit, if the Law is enacted it will need to be clarified whether foreigners of Ukrainian origin will be able to obtain a temporary residence permit or its equivalent without a work permit. Currently the principal benefit for foreigners of Ukrainian origin is a multi-entry private visa for 5 years.

The Law introducing electronic registration of companies is now effective

On 14 August 2011 a Law introducing changes to the state registration of legal entities and individual entrepreneurs (the Law) came into effect.

The Law provides for the possibility of registration of legal entities and individual entrepreneurs electronically. Such registration implies submitting electronic documents to the registering authorities with the use of electronic signature. However, the Law still requires submissions for registering amendments to the statutory documents to be in paper form.

Adopted by the Parliament in October 2010, the Law was aimed at simplification of the registration procedure. To date, though, the government and other state authorities have shown limited progress in terms of preparation for implementation of the Law. Thus, it is expected that the registering authorities may currently refrain from accepting documents submitted electronically.

Hungary

A new institution on the Hungarian investment market: the regulated investment company

A new type of company, similar to a real estate investment trust, was established by Act CII of 2011 on Regulated Investment Companies, which took effect on 27 July 2011. The act also offers a preferential status for real estate companies.

A regulated investment company (RIC) is a publicly listed company limited by shares that invests directly or through its Special Purpose Entities (SPEs) into real estate management projects. Investors may include both small investors and large institutional investors, but the participation of credit institutions and insurance companies is limited.

The advantage of this company type is that RICs and SPEs are exempted from corporate income tax and local business tax, and their income is taxed at the shareholder level. In addition, acquisition of real property and capital shares in a company that owns domestic real estate by RICs and acquisition of real property by SPEs are subject to a preferential (2 %) transfer tax rate.

The Act specifies strict requirements and obligations for companies that want to qualify for the RIC status.

Certain conditions must be met upon foundation while the complete list of requirements must be met by the last day of the financial year following the financial year in which the company was registered for the status.

Please contact us for more details.

Favourable changes to the rules on transfer tax for acquisition of companies that own domestic real estate

Act XCVI of 2011 on the amendment of certain acts on economic matters took effect on 15 July 2011. The Act contains favourable changes to the rules on transfer tax for acquisition of capital shares in companies that own domestic real estate.

Under the previous regulations, the acquisition of capital shares in a company that owns domestic real estate (i.e. a business entity that owns domestic real estate or has a direct/indirect shareholding of at least 75 % in a domestic company that owns real estate) was subject to transfer tax, if the percentage of capital shares owned by the acquirer or its affiliated companies (in the case of natural persons, spouses, common-law partners, children, parents or any company in which any such persons have majority ownership) following the acquisition was at least 75 % of all capital shares. The transfer tax was payable regardless of the activities of the acquired company.

According to the amendments, the transfer tax payment liability applies only to the acquisition of capital shares in companies whose principal business activity is one of the following activities:

- development of building projects,
- construction of residential and nonresidential buildings,
- renting and operating of own or leased real estate,
- buying and selling of own real estate.

The principal business activity must be determined on the basis of the relevant data in the Company Register, or, in the absence of such, on the basis of the deed of foundation. The regulation makes the acquisition of businesses whose principal business activity is not one of the above activities significantly easier. The amendment applies to all acquisitions that were not presented to the Tax Authority for transfer tax or the Tax Authority has not become aware of any other way by 15 July 2011.

Therefore, in certain cases, the more favourable new rules may apply to acquisitions that took place before the Act entered into force.

When selling or restructuring a business, it is advisable to examine the transaction from the perspective of the new transfer tax rules, as the order of steps within the transaction process may materially affect the transfer tax payment liability.

Blog

Please visit our blog for additional information about Eastern Europe.

<http://blogs.pwc.de/blickpunkt-osteuropa>

Über uns

Ihre Ansprechpartner

Monika Diekert

Tel.: +49 30 2636-5225

diekert.monika@de.pwc.com

Daniel Kast

Tel.: +49 30 2636-5252

daniel.kast@de.pwc.com

Tanja Galander

Tel.: +49 30 2636-5483

tanja.galander@de.pwc.com

Stanislav Rogojine

Tel.: +49 30 2636-5207

stanislav.rogojine@de.pwc.com

Bestellung und Abbestellung

Wenn Sie den PDF-Newsletter *Osteuropa kompakt* bestellen oder abbestellen möchten, senden Sie bitte eine leere E-Mail mit der Betreffzeile „Bestellung“ bzw. „Abbestellung“ an folgende Adresse: cornelia.herwig@de.pwc.com

Die Beiträge sind als Hinweise für unsere Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer Büros zurück. Teile dieser Veröffentlichung/Information dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch den Herausgeber nachgedruckt und vervielfältigt werden. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.

© September 2011 PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

„PwC“ bezeichnet in diesem Dokument die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die eine Mitgliedsgesellschaft der PricewaterhouseCoopers International Limited (PwCIL) ist. Jede der Mitgliedsgesellschaften der PwCIL ist eine rechtlich selbstständige Gesellschaft.